

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit diesem Schreiben meinen Protest gegen das geplante, momentan in Begutachtung befindliche Lehrer/innendienstrecht ausdrücken; ich schließe mich damit tausenden Kolleginnen an, die das schon vor mir getan haben. Und ich möchte diesen Protest mit einigen persönlichen Bemerkungen versehen.

Mein Protest richtet sich unter anderem gegen die folgenden Elemente des Gesetzesentwurfs:

- Entgegen der Behauptung des BMUKK, arbeitsintensive Fächer würden durch ein Zulagensystem attraktiver werden, wird die Arbeitszeit vieler LehrerInnen um bis zu 40% erhöht.

Die gewünschte Qualitätssteigerung des Unterrichts kann durch die geplante Erhöhung der Lehrverpflichtung nicht erreicht werden. Im Gegenteil: Zwar werden die Lehrer/innen mehr Stunden unterrichten („mehr bei den Kindern sein“ wie es oft salopp formuliert wird), die Qualität der Betreuung des/der einzelnen Schülers/Schülerin wird jedoch sinken. So werden z. B. Sprachlehrer/innen weniger Übungstexte pro Schüler/in korrigieren können. Auch Lehrkräfte von Nicht-Schularbeitsfächern müssen im Hinblick auf die Kompetenzorientierung zunehmend Texte korrigieren. Die schlechtere Betreuung der Schüler/innen ist daher in allen Unterrichtsfächern zu befürchten.

- Der Begutachtungsentwurf sieht einen Einkommensverlust für Lehrkräfte gegenüber der derzeitigen Situation vor. Die Berechnungen der Gewerkschaft sind für mich wesentlich plausibler als jene des BMUKK.
- Man ist nach Absolvierung der neuen Ausbildung nicht mehr Lehrer/in für AHS, NMS usw., sondern für alle Schultypen. Und man kann dann in jedem beliebigen Schultyp und in jedem beliebigen Fach, auch ohne für dieses Fach ausgebildet zu sein, eingesetzt werden. Diese Bestimmung lässt einen Qualitätsverlust des Unterrichts unvermeidlich erscheinen.
- Der Berufseinstieg (Induktionsphase) für Lehrer/innen, die in der Sekundarstufe II unterrichten wollen, würde in Hinkunft folgendermaßen aussehen: Volle Lehrverpflichtung (höher als heute) + Hospitationsverpflichtung + Masterstudium (alles parallel). Das ist nach meiner Meinung nicht qualitativ zu schaffen. Alle Junglehrer/innen, die dieses Pensum gut bewältigen wollen, drohen in ein Burn-out-Syndrom zu schlittern.

Das sind einige Einwände gegen das neue Lehrer/innendienstrecht, bei Weitem nicht alle.

Nach meiner Einschätzung handelt es sich um ein großes Sparpaket. Bundeskanzler Faymann hat dies bestätigt als er sinngemäß meinte, das neue Lehrerdienstrecht sei nötig, damit die Schulreform finanzierbar sei.

Mag. Siegfried Breitenfellner  
Gymnasium/ORG St. Ursula Salzburg